

Mitglieder des Ausschusses
für Finanzen

Anfrage aus der 26. Sitzung des Ausschusses für Finanzen am 22.10.2020

In der Sitzung des Ausschusses für Finanzen wurde seitens des Fachdienstes Hauptverwaltung eine schriftliche Information zur Kostenentwicklung seit 2014 für den Bereich der Kooperationen zugesagt.

In Auswertung der vorliegenden Jahresabrechnungen für die Jahre 2013 bis 2018 ergibt sich für die angefragten Jahre folgende Kosten-, Erlös- und Ergebnisentwicklung:

Entwicklung der Kosten

	Liegenschaften und Bodenordnung	KFZ- Zulassung	Veterinär- und Lebensmittel- überwachung
2014	1.749.033,75	1.122.962,84	564.886,54
2015	1.713.483,92	1.186.796,08	571.243,87
2016	1.582.660,27	1.131.796,67	554.540,34
2017	1.896.877,63	1.213.417,06	552.365,99
2018	1.813.408,09	1.243.003,39	589.236,35

Entwicklung der Erlöse

	Liegenschaften und Bodenordnung	KFZ- Zulassung	Veterinär- und Lebensmittel- überwachung
2014	859.117,93	790.713,68	6.197,50
2015	777.055,11	774.151,91	15.179,99
2016	803.938,73	815.338,83	12.180,84
2017	811.300,03	761.603,99	27.564,63
2018	793.728,89	791.844,99	37.541,14

Entwicklung der Ergebnisse

	Liegenschaften und Bodenordnung	KFZ- Zulassung	Veterinär- und Lebensmittel- überwachung
2014	-889.915,82	-332.249,16	-558.689,04
2015	-936.428,81	-412.644,17	-556.063,88
2016	-778.721,54	-316.457,84	-542.359,50
2017	-1.085.577,60	-451.813,07	-524.801,36
2018	-1.019.679,20	-451.158,40	-551.695,21

Die Jahresabrechnungen wurden nach erfolgter Vorlage der Unterlagen zunächst nur auf ihre Plausibilität hin geprüft. Derzeit erfolgt die Prüfung der gesamten Unterlagen und wird eine Zusammenstellung offener Fragen vorgenommen, welche im Dezember mit dem Landkreis erörtert werden sollen.

Bei der Betrachtung der Kosten für das Jahr 2015 ist zu berücksichtigen, dass im Bereich Bodenordnung und Liegenschaften unterjährig insgesamt 7 Stellen eingespart wurden und bei den anderen Kooperationsfeldern jeweils eine Stelle hinzugekommen ist. Die Minderung der Erlöse im Jahr 2015 gegenüber dem Jahr 2014 ist damit zu begründen, dass im Bereich der städtebaulichen Bodenordnung aufgrund einer gesunkenen Nachfrage die Verwaltungsgebühren niedriger sind und im Bereich der KFZ-Zulassung im Jahr 2014 Erlöse aus der Veräußerung von immateriellen Vermögensgegenständen erzielt wurden, welche im Jahr 2015 nicht mehr zu verzeichnen waren.

Darüber hinaus ist festzustellen, dass die Steigerungen der Kosten im Jahr 2017 gegenüber dem Jahr 2016 insbesondere im Bereich der Personalkosten und den daraus resultierenden Overheadkosten begründet sind.

(gez.)

Hartmut Wollenteit